

Chef vom Dienst:

42 800/2971 (Durchwahl)

Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,

Samstag 10 bis 17 Uhr,

Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,

übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 27. Mai 1988

Blatt 1020

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

Satrapa: Kontrollamt kein Spielball von Firmen- und Standesinteressen (1021/FS: 26.5.)

Terminvorschau vom 30. Mai bis 10. Juni (1022/1023)

Josefstädter Grätzlfest (1025)

Wiener Landtag (1026-1032)

Kontrollamtsdirektor legt Stadion-Prüfbericht vor (1033)

Häupl: Kein Boykott der Flaschenmilch! (1034)

Wiener Gemeinderat (1035 ff)

## Kultur:

50. Todestag von Ödön von Horvath (1024)

„Briefmarken einmal anders“ im Bezirksmuseum Hernals (1024)

Kulturwanderweg „Handwerk in Wien“ (nur FS)

## **Satrapa: Kontrollamt kein Spielball von Firmen- und Standesinteressen**

Bereits am 26. Mai 1988  
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollamtsbericht zum Wiener Stadion, der die Tätigkeit der MA 51, der Wiener Stadthalle, der EKAZENT-Consult und des Zivilingenieurbüros Heintz & Partner kritisch untersucht, wurde sehr sorgfältig erarbeitet, und er habe keine Veranlassung, auch nur einen Beistrich des Berichtes zurückzunehmen, erklärte Kontrollamtsdirektor Dr. Peter SATRAPA zu einer heutigen Pressekonferenz der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Der Bericht wurde im Kontrollausschuß ausführlich beraten und einstimmig zur Kenntnis genommen, wobei eindeutig festgestellt wurde, daß der Kontrollamtsbericht Grundlage für die weiteren Schritte der Organe der Stadt Wien und der Wiener Holding sein wird.

Die Darstellung der Ingenieurkammer, die Äußerungen des Kontrollamtes zur Tätigkeit der Zivilingenieure Heintz & Partner seien nicht gerechtfertigt und daher auch nicht aufrechtzuerhalten, müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden, betonte der Wiener Kontrollamtsdirektor. Das Kontrollamt kann nicht zum Spielball der verschiedensten Firmen- und Standesinteressen werden; allein, daß die Ingenieurkammer nun Schuldzuweisungen in Richtung Kontrollamt unternimmt, sei bedenklich, erklärte Satrapa abschließend. (Schluß) sei/bs

## Terminvorschau vom 30. Mai bis 10. Juni

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 30. Mai bis 10. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### MONTAG, 30. MAI:

9.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an die o. Univ.-Prof. Dr. Karoly Gaal und Dr. Othmar Wessely sowie an Komm.-Rat Dkfm. Dr. Margarethe Ottlinger (Stein.Saal, Rathaus)

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl (PID)

10.00 Uhr, Gedenksteinenthüllung für Naziopfer im Gedächtniswald in Ebling durch StR. Pasterk und StR. Häupl

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an o. Univ.-Prof. Dr. Konrad Brezina, Dr. Ernst Sieberth, ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Kummer (Stein.Saal, Rathaus)

18.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl „100 Tage Wiener Umweltstadtrat“ (7, Spittelberggasse 12)

### DIENSTAG, 31. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gedenktafelenthüllung durch Bgm. Zilk für Berta Zuckerkandl (Cafe Landtmann, 1, Oppolzergasse 6)

### MITTWOCH, 1. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal, Präs. Matzenauer „Woche der Wiener Berufsschulen 1988“ (PID)

14.00 Uhr, Begrüßung der vor kurzem eingebürgerten österreichischen Staatsbürger durch Bgm. Zilk und StR. Schirmer (Festsaal, Rathaus)

15.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Kapellmeister Anton Janosch, Karl Dorer, Erwin Drießler, Karl Eibel, Leopold Hiebner, Karl Radakovits (Stein. Saal, Rathaus)

### SAMSTAG, 4. JUNI:

Tramwaytag (Remise Speising)

### MONTAG, 6. JUNI:

9.00 Uhr, Eröffnung der „Woche der Wiener Berufsschulen 1988“ (12, Längenfeldgasse 13-15)

9.30 Uhr, Bäderpressefahrt mit StR. Häupl

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

11.00 Uhr, Eröffnung des neuen Forschungsinstituts im St.-Anna-Kinderspital durch StR. Stacher

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

### DIENSTAG, 7. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung der Einsatzmedaille durch StR. Häupl an Alfred Selepa (Arb.-Zi, Häupl)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an em. ao. Univ.-Prof. Dr. Poly Enepekides (Arb.-Zi, Pasterk)

MITWOCH, 8. JUNI:

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

15.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

15.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

DONNERSTAG, 9. JUNI:

9.00 Uhr, Eröffnung Enquete „Triebentwicklung und Konflikt in der analen Phase“ (Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse)

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl, Präsentation des neuen Berge- löschfahrzeuges der Feuerwehr (Feuerwache Landstraße, Baumgasse 89)

18.00 Uhr, StR. Pasterk — Präsentation des Buches „Ernst Mach — Werk und Wirkung“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Rudolf Haller: „Die Un- rettbarkeit des Ich. Ernst Mach und der Aufstieg der wissenschaftlichen Weltanschauung“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 10. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal, Enquete (Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse)

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 1022

## 50. Todestag von Ödön von Horvath

Wien, 27.5. (RK-KULTUR) Der Schriftsteller Ödön von HORVATH wurde am 9. Dezember 1901 als Sohn des Diplomaten Edmund Josef von Horvath in Susak, einem Vorort von Fiume, dem heutigen Rijeka, geboren. 1919 maturierte er in Wien und immatrikulierte dann an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. 1920 entstand sein erstes literarisches Werk „Das Buch der Tänze“ auf Anregung des Komponisten Siegfried Kallenberg. 1924 übersiedelte Horvath nach Berlin. Hier entstanden die dramatischen Werke, die Horvath Volksstücke genannt hat und die ihn bekannt machten. Für sein erfolgreichstes Bühnenstück „Geschichten aus dem Wiener Wald“ — die Uraufführung fand am 2. November 1931 am Deutschen Theater in Berlin statt — erhielt er auf Vorschlag von Carl Zuckmayer den Kleist-Preis. Horvath war schon vor 1933 ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. 1933 wurde Heinz Hilpert gezwungen, Horvaths Drama „Glaube Liebe Hoffnung“, das er zur Uraufführung angenommen hatte, wieder abzusetzen. Auch andere geplante Aufführungen seiner Werke an deutschen Bühnen fanden nicht mehr statt. Horvath verließ Deutschland und erwarb in Budapest die ungarische Staatsbürgerschaft.

Die nächsten Jahre, von reger literarischer Produktion erfüllt, lebte er meist in Wien oder in Henndorf bei Salzburg. 1936 entstanden die Schauspiele „Der jüngste Tag“, „Figaro läßt sich scheiden“ und „Don Juan kommt aus dem Krieg“, 1937 die Komödien „Ein Dorf ohne Männer“ und „Pompeji, die Komödie eines Erdbebens“, ebenso beendete er die Romane „Jugend ohne Gott“ und „Ein Kind unserer Zeit“.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich verließ Horvath das Land und emigrierte Ende März 1938 zunächst in die Tschechoslowakei, von wo er aber bald über Budapest — Jugoslawien — Triest — Venedig und Mailand nach Zürich reiste. Weitere Stationen waren Brüssel und Amsterdam. Am 28. Mai 1938 kam Ödön von Horvath in Paris an, um hier Gespräche über literarische Angelegenheiten und Filmpläne zu führen. Am Abend des 1. Juni wurde Ödön von Horvath während eines Gewitters von einem herabstürzenden Ast getötet. Er wurde auf dem Friedhof St. Quen im Norden von Paris bestattet. (Schluß) red/bs

## „Briefmarken einmal anders“ im Bezirksmuseum Hernals

Wien, 27.5. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Hernals auf dem Elterleinplatz ist ab 30. Mai die Ausstellung „Briefmarken einmal anders“ zu sehen. Die Schau wird anlässlich des 70. Geburtstages von Prof. Rudolf TOTH, des Kupferstechers der Nationalbank, gezeigt. Die Ausstellung ist jeden Montag von 16 bis 20 Uhr und jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. Im Juli und August bleibt das Bezirksmuseum geschlossen. (Schluß) gab/bs

## **Josefstädter Grätzlfest**

### **Kindertheater, griechische Folklore, Quiz**

Wien, 27.5. (RK-LOKAL) Ein buntes Programm mit einer Vielfalt von Unterhaltungsmöglichkeiten für jung und alt, wie zum Beispiel Kindertheater, Wienerlieder, griechische Folklore sowie ein Quiz gibt es im Rahmen eines Grätzlfestes kommenden Dienstag, den 31. Mai, am Platz vor der Schlosserinnung Ecke Wickenburggasse/Tulpengasse, im 8. Bezirk. Veranstalter des Festes ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes und des Kulturamtes durchführen wird.

### **Bouzouki, Gesundheitsstraße, Bierbrunnen**

Das Grätzlfest beginnt um 15 Uhr und dauert bis 19 Uhr. Für die Unterhaltung der Besucher sorgen unter anderem die Mitglieder des Wiener Vorstadtensembles mit „Wiener G'schicht'n“, eine griechische Folkloregruppe mit Bouzoukimusik und das Kindertheater „Wundertüte“. Die Galerie Wickenburg veranstaltet einen Malwettbewerb für Kinder, und bietet außerdem die Möglichkeit zum Zeichnen und Töpfern. Für Gesundheitsbewußte gibt es eine Gesundheitsstraße, wo man sich kostenlos „auf den Puls fühlen“ lassen kann und Gesundheitsinformationen erhält. Darüber hinaus steht auch ein Bus des Mobilien Bürgerdienstes für Fragen und Auskünfte zur Verfügung. Kinder und Erwachsene, die über die Josefstadt Bescheid wissen, können bei einem Quiz Preise gewinnen. Selbstverständlich wird aber auch für das leibliche Wohl der Besucher — unter anderem mit einem „Bierbrunnen“ — gesorgt sein. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) zi/bs

**Wiener Landtag****Fragestunde**

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann unter dem Vorsitz von Präsident HOFMANN mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Karin LANDAUER (FPÖ), welche Maßnahmen der Sicherheitsbehörden bisher veranlaßt wurden, um eine Gefährdung der Schüler im Bereich des Karlsplatzes, der sich in letzter Zeit zu einem Drogenumschlagplatz entwickelt habe, hintanzuhalten, antwortete Landeshauptmann Dr. ZILK, daß ihm aufgrund der gesetzlichen Situation in dieser Problematik keine Zuständigkeit zukomme. Dies sei Angelegenheit der Sicherheitspolizei und somit des Bundes. Er habe allerdings die Forderung gestellt, daß die Aufgaben der Sicherheitsdirektionen wieder an die Landeshauptmänner übertragen werden sollen. Bund und Länder verhandelten zur Zeit darüber.

Die Unterschriftensammlung der Evangelischen Schule Karlsplatz sei sehr sinnvoll, aber trotzdem sei für ihn die verfassungsrechtliche Situation relevant. Er habe den Polizeipräsidenten ersucht, alles Erdenkliche zu tun, damit Kinder und Jugendliche auf dem Karlsplatz nicht gefährdet werden. Frau Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL habe Streetworker eingesetzt, um den arbeitslosen Jugendlichen zu helfen, und auch beim Stadtgartenamt könne er Arbeit anbieten. Er nehme jedenfalls die Angelegenheit sehr ernst, betonte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP), ob es den Tatsachen entspreche, daß bei der Wiederinstandsetzung der Müllverbrennungsanlage Spittelau die neuen Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes, das derzeit im Parlament verhandelt wird, nicht erreicht werden, antwortete Energiestadtrat HATZL (SPÖ), die Grenzwerte des Luftreinhaltegesetzes würden in Zukunft bei der Müllverbrennungsanlage Spittelau nicht überschritten.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Ilse FORSTER (SPÖ) über die Auswirkungen des mit 1. Juli 1988 in Kraft tretenden Namensänderung Gesetzes führte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ) aus, daß nun mehr die für eine Namensänderung erforderlichen „wichtigen Gründe“ im Gesetz taxativ aufgezählt seien, weiters gebe es einen Rechtsanspruch auf Namensänderung bei Vorliegen wichtiger Gründe. Neu sei auch, daß die Bewilligung für eine Änderung des Vor- und Familiennamens nun einheitlich vom Magistrat erteilt werde. Namensänderungen von Jugendlichen sind nicht mehr ohne deren Zustimmung möglich, und Ehepartner sind im Gesetz gleichberechtigt erwähnt.

Auf die ZUSATZFRAGE nach den Kosten gab Schirmer an, daß eine Namensänderung 4.700 Schilling koste, wobei allerdings 3.200 Schilling Bundesabgabe sind. Bei Änderung von Vor- und Familienname entstehen Kosten von 9.400 Schilling.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. STOCKINGER (SPÖ) nach einer möglichen Staffelung der Gebrauchsabgabe für „Schanigärten“ entsprechend dem Umsatz stellte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) fest, daß bisher nur eine Differenzierung nach dem Standort gemacht werde. Die Gebrauchsabgabe beträgt 20 Schilling pro Quadratmeter, in Fußgängerzonen aber 100 Schilling. An eine Orientierung nach dem Umsatz sei nicht gedacht.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. Dr. MAIER (ÖVP) sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß Minister a.D. Franz Kreuzer nicht als Beauftragter der Stadt Wien für die Vorbereitung der Weltausstellung eingesetzt worden sei. Die Stadt Wien könne sich formal nicht um die Durchführung der Weltausstellung 1995 bewerben, dies müsse die Bund-

desregierung, deren Vertreter von der Stadt Wien in den Verein Weltausstellung eingeladen worden seien, tun. An die Errichtung einer Betriebsbeziehungswise Errichtungsgesellschaft könne erst zum Zeitpunkt der Zuerkennung der Weltausstellung gedacht werden. Er hoffe, schloß Mayr, daß sich eine Entscheidung im Herbst abzeichnen werde.

Der Stadtschulrat für Wien habe bereits 1980 ein Schulentwicklungsprogramm erarbeitet, das 1985 und 1987 vom Parlament bestätigt worden sei, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Ingrid SMEJKAL (SPÖ), auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. GINTERSDORFER (FPÖ) nach den Bemühungen der Stadt Wien um die Sanierung der Bundesschulbauten. Sowohl der Präsident des Stadtschulrates für Wien Landeshauptmann Dr. Zilk, als auch der Amtsführende Präsident NAbg. Prof. Matzenauer, seien bemüht, die Funktionsfähigkeit der Bundesschulbauten in Wien sicherzustellen. Dies sei auch im Hinblick auf die AHS-Oberstufenreform sowie geplante zusätzliche Aufgaben der Bundesschulen notwendig. Gedacht sei vorerst an ein Sonderfinanzierungsprogramm von rund 500 Millionen Schilling. Smejkal versicherte, man werde sich weiterhin für eine Generalsanierung der Bundesschulbauten in Wien einsetzen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP), in wievielen Fällen in den letzten fünf Jahren die Gemeindevermittlungsämter angerufen worden seien, sagte StR. SALLABERGER (SPÖ), daß das in 38 Fällen geschehen sei. Sallaberger bezeichnete die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitschlichtung durch die Gemeindevermittlungsämter als eine vom Pinzip her vernünftige Regelung, die allerdings zu wenig bekannt sei.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP), wann mit der Beschlußfassung einer Novelle des Kinogesetzes zu rechnen sei, sagte StR. Dr. Ursula PASTERK (SPÖ), daß mit der Einbringung der Vorlage im Herbst zu rechnen sei. Die Vorlage soll eine Neufassung der technischen Sicherheitsvorschriften und eine Anpassung an das Wiener Veranstaltungsstättengesetz bringen. Die Sperrstundenvorschriften sollen entsprechend der gängigen Praxis, auch Spätvorstellungen zu zeigen, modifiziert werden.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von LAbg. PRINZ (FPÖ), wie sich die Eini-gung der Bundesregierung auf den weiteren Ausbau des Autobahnnetzes in Wien auswirken werde, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß ein Ausbau zwischen Kaisermühlen und Hirschstetten sichergestellt sei. Auch sei ein Ausbau der Bundesstraße 302 von Hirschstetten zur Wagramer Straße vorgesehen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. Dr. GOLLER (ÖVP), welche landesrechtlichen Maßnahmen gegen die Errichtung einer Destillationsanlage zur Altölverarbeitung in der Lobau getroffen werden, antwortete StR. Dr. HÄUPL (SPÖ), daß keine derartige Anlage geplant sei. Auf die ZUSATZ-FRAGE von Dr. Goller, weshalb ein Genehmigungsverfahren für die Firma AVANTI fortgesetzt werde, antwortete Dr. Häupl, daß es sich dabei um keine Altölverarbeitung handle. Man habe bei diesem Projekt aber trotzdem von der Möglichkeit des Umweltvetos Gebrauch gemacht. Darüber hinaus müßte überlegt werden, was zur Verminderung von Luftschadstoffen und zur Sanierung von Altöllasten im Boden getan werden könne. Eine Absiedlung aller Erdölfirmer in diesem Bereich würde mindestens 80 Milliarden Schilling kosten.

#### **Mitteilung Stadtrat Stacher über Spitäler**

Gesundheitsstadtrat Dr. STACHER (SPÖ) stellte einleitend fest, daß sich die Wiener Gesundheitspolitik naturgemäß nicht auf die Spitäler beschränke, sondern daß seit vielen Jahren — und in den letzten Jahren verstärkt — der Prävention immer größeres Augenmerk gewidmet würde. Zahnprophylaxe, Früherkennung von Seh- und Hörschäden in Kinder-

Forts. von Blatt 1026

Forts. auf Blatt 1028



Forts. von Blatt 1027

gärten, Impfkationen, die Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen, die Raucher-, Ernährungs-, biometeorologische und viele andere Beratungsstellen seien Beispiele dafür.

Im Vergleich zu 1983 konnte die Zahl der systemisierten Betten im Bereich der Akutkrankenanstalten von 12.218 auf 11.430 gesenkt werden. Im Bereich der Psychiatrie wurden seit 1983 fast 1.000 systemisierte Betten abgebaut, wodurch sich der Gesamtbettenstand der städtischen Krankenanstalten um 11,69 Prozent reduziert habe. Diese Bettenreduktion mache deutlich, daß die Stadt Wien den politisch immer wieder erhobenen Forderungen nach Bettenreduktion bereits in erheblichem Maße entsprochen habe.

Die Auslastung der vorhandenen Betten erreichte 1987 den international erwünschten Wert von rund 85 Prozent. Im Kaiser-Franz-Josef-Spital sei eine Langzeitstation geplant, im Elisabethspital werde bereits eine gebaut, wodurch weitere 120 Betten für interne Langzeitpatienten zur Verfügung stehen werden. Umgekehrt werde im Wilhelminenspital versucht, die schlecht ausgelasteten Kinderabteilungen bettenmäßig zu reduzieren, führte Stacher weiter aus.

Zur Psychiatriereform könne man feststellen, daß der im Jahre 1979 vom Gemeinderat beschlossene Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Wien strukturell voll erfüllt sei.

Der Bau des Allgemeinen Krankenhauses gehe planmäßig weiter, und auch der Baufortschritt des Krankenhauses im SMZ-Ost sei im Zeitplan. Mit der Fertigstellung dieser beiden Krankenhäuser werde es in der Stadt Wien erstmalig in der Geschichte möglich sein, eine sinnvolle regionale Krankenversorgung zu organisieren. Es sei klarzustellen, daß die Reorganisationsmaßnahmen die westlich gelegenen Spitäler ebenfalls betreffen, denn mit der Besiedelung des AKH und des Krankenhauses SMZ-Ost würden keineswegs alle Betten in den übrigen Spitälern für die Akutversorgung benötigt werden. Abteilungen oder auch kleine Anstalten würden gesperrt oder einem anderen Verwendungszweck, beispielsweise durch Umwandlung in Pflegeheime, zugeführt werden müssen. Aus diesem Grund werde ein neuer Gesundheitsplan und Zielplan für die Krankenversorgung vorbereitet, in dem die notwendigen Veränderungen enthalten seien. Da derartige, doch weitreichende Entscheidungen nicht zu früh, aber auch nicht zu spät erfolgen sollen, sei beabsichtigt, diesen Plan bis Ende des nächsten Jahres dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegen. Stacher betonte, daß er entschieden Gerüchten entgegentrete, daß bereits festgelegt sei, welche Abteilungen geschlossen würden. Dies wäre schon deshalb nicht sinnvoll, weil erstmals am Ende dieses Jahres auch die für die Planung verwertbare Diagnosestatistik verfügbar sei.

Abschließend stellte Stacher fest, daß sich für unsere Stadt die einmalige Chance biete, wie in der Psychiatrie, eine — auch international gesehen — vorbildliche Krankenhausorganisation zu schaffen, die unseren Kranken eine optimale Betreuung garantiere. An diesem Ziel sollten alle positiven und interessierten Kräfte unserer Stadt mitwirken.

#### **Novelle zur Pensionsordnung**

Als Berichterstatter führte StR. SALLABERGER (SPÖ) aus, daß die vorliegende 8. Novelle zur Pensionsordnung 1966 notwendig werde, um das Pensionsrecht der Beamten der Gemeinde Wien an die vergleichbaren Bundesregelungen anzupassen. Die Kernpunkte der Novelle sind die Herabsetzung der Altersgrenze für die Waisenversorgung vom 27. auf das 25. Lebensjahr, die Schaffung der Möglichkeit, einen besonderen Pensionsbeitrag für die Anrechnung von Schul- und Studienzeiten zu entrichten, sowie die Erhöhung des Pensionsbeitrages von 9 auf 9,5 Prozent.

Forts. auf Blatt 1029

LABg. Mag. KABAS (FPÖ) übte in seiner Wortmeldung heftige Kritik am Agieren der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Pensionsreform. Kabas merkte an, daß die zur Diskussion stehende Novelle Verschlechterungen beinhalte. Grundsätzlich sei es notwendig, prinzipielle Fragen einer Verbesserung des Pensionssystems zu diskutieren. Die Ruhensbestimmungen, die derzeit im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen, seien keineswegs das Kernproblem der Pensionsfrage. Die FPÖ werde die vorliegende Novelle ablehnen und habe einen Resolutionsantrag eingebracht, die Ruhensbestimmungen überhaupt abzuschaffen.

StR. ENGELMAYER (ÖVP) merkte an, daß die ÖVP immer schon gegen Ruhensbestimmungen gewesen sei. Er bezeichnete den diesbezüglichen Resolutionsantrag der FPÖ als opportunistisch, aus inhaltlichen Erwägungen aber werde die ÖVP diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Engelmayer vertrat den Standpunkt, daß Ruhensbestimmungen ungerrecht seien.

LABg. Dr. SWOBODA (SPÖ) bezeichnete die Aufhebung der Ruhensbestimmungen für die Wiener Beamten vor allem als Maßnahme im Sinne der Rechtssicherheit für die Beamten. In diesem Sinne brachte er einen von allen drei Parteien unterstützten Antrag ein.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesnovelle wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der ANTRAG wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Der Resolutionsantrag der FPÖ war bereits zugewiesen worden)

#### **Verbesserungen für Begleitpersonen in Spitälern**

StR. Univ. Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Novelle des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Demnach sollen die Möglichkeiten der Unterbringung von Begleitpersonen in Spitälern verbessert werden.

ABSTIMMUNG: In erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

#### **Keine Erhöhung der Politikergehälter**

Der Wiener Landtag beschloß eine Änderung des Wiener Bezügegesetzes (Berichterstatter Stadtrat SALLABERGER), aufgrund dessen es mit 1. Juli zu keiner Bezugserhöhung für die Wiener Politiker kommen wird. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

#### **Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung**

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR ersuchte den Wiener Landtag um Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung über die Krankenanstaltenfinanzierung. Mayr berichtete, daß dieser Vertrag eine Aufteilung der Mittel auf Länderquoten vorsehe. Außerdem sollen eigene Mittel für Strukturreformen, insbesondere zum Abbau von Akutbetten und für alternative und integrierte Versorgungseinrichtungen vorgesehen werden. Wien wird aus den Mitteln des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfond 29,4 Prozent der Mittel bekommen. Die Vereinbarung sieht auch die Einhebung eines Pflegekostenbeitrages von den Patienten in der Höhe von 50 Schilling pro Tag vor.

Kritisch bemerkte Mayr, daß ein Fünftel der Patienten in Wiener Krankenanstalten nicht aus Wien stammt, und das der Stadt eine Belastung von 800 bis 900 Millionen Schilling jährlich verursacht. Im Interesse der Steuerzahler müßten auch zwischenstaatliche Gebührenregelungen getroffen werden. Die Vereinbarung ist ein Fortschritt, aber noch weit von einer gerechten Lösung des Spitalsproblems entfernt.

SPÖ-Klubobmann Dr. SWOBODA stellte fest, daß der Pflegekostenbeitrag vom Landesparteitag der SPÖ abgelehnt wurde. Der Nutzen recht-

Forts. von Blatt 1028

Forts. auf Blatt 1030

fertige nicht den Verwaltungsaufwand. Außerdem sei dieser Pauschalbetrag sozial bedenklich. Trotzdem wird die SPÖ dem Gesamtpaket zustimmen.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sagte, daß auch sie größte Bedenken gegen den Selbstbehalt von 50 Schilling habe. Die Krankenkassen sollten sich mehr dem „Patiententourismus“ öffnen. Die ÖVP wird dem Gesamtpaket ebenfalls zustimmen.

**ABSTIMMUNG:** Die Vereinbarung wurde vom Landtag einstimmig genehmigt.

#### **Besprechung der Mitteilung Stadtrat Stacher**

LAbg. Karin LANDAUER (FPÖ) stellte fest, daß der Prävention, speziell bei Kindern, noch größere Bedeutung zukommen sollte. Eine gesündere Ernährung in den Kindergärten könnte dazu beitragen. Grundsätzlich sollten im Gesundheitsbereich drei Aspekte dominieren: Prophylaxe, Akutmedizin und Rehabilitation.

Grundsätzlich dürfte es gesperrte Betten wegen Personalmangels nicht geben. Umbauten sollten in der Urlaubszeit erfolgen. Es sollte ein Druck auf die Krankenkassen erfolgen, um eine ausreichende Hauskrankenpflege zu gewährleisten. Außerdem sollten „temporäre Pflegebetten“ geschaffen werden. Landauer kritisierte weiter, daß die Spitalsbauten in Wien Jahrzehnte dauern. Im Alten AKH sollten Pflegestationen erhalten werden.

Die Situation, die durch das Grundwasser in der Küche des Floridsdorfer Krankenhauses hervorgerufen werde, sei skandalös. Landauer erklärte, sie habe diesbezüglich eine Mitteilung an das Arbeitsinspektorat gemacht. Abschließend äußerte Landauer den Wunsch, alle Interessenten und Beteiligten sollten bereits in die Entstehung des Gesundheitsplanes einbezogen werden.

LAbg. Dr. RASINGER (ÖVP) erklärte, daß es wünschenswert wäre, daß die Patienten bei bestmöglichem Mitteleinsatz optimal betreut werden. Die Aktion „Schau auf Dich“ sei von der Planung her nicht gründlich genug durchdacht. Dr. Rasinger kritisierte, daß die Bettenreduktion keine Kosteneinsparungen gebracht habe. Außerdem sollten die Sozialen Dienste bürgernäher agieren. In den Spitälern sollte die Teamarbeit zwischen Ärzten und Schwestern sowie die Motivation zu wirtschaftlicherem Arbeiten gefördert werden. Auch der Ausbildungsauftrag in den Spitälern sollte ernster genommen werden. Dr. Rasinger stellte den ANTRAG, daß wenigstens fünf Modellversuche von freien Wohlfahrtsverbänden zur Erprobung der Hauskrankenpflege in Wien gefördert werden sollten.

LAbg. Herta SLABINA (SPÖ) erklärte, daß die im Laufe der Jahre gestiegene Lebenserwartung eine Umstrukturierung im Gesundheitsbereich erfordere. Gesundheitsvorsorge müßte bereits vor der Geburt beginnen. An der Erstellung des Gesundheitsplanes sollten sich auch die niedergelassenen Ärzte beteiligen. Untersuchungen hätten ergeben, daß die Wienerinnen und Wiener mit ihren Hausärzten nicht zufrieden seien. Die Sozialen Dienste sollten verbessert werden, um eine Qualitätssteigerung der Hauskrankenpflege zu erzielen. Auch ein neues Gesundheits- und Kostenbewußtsein müsse geweckt werden. Abschließend stellte Slabina fest, daß auch am Arbeitsplatz krankmachende Faktoren ausgeschaltet werden sollten.

Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) gab ihrer Freude darüber Ausdruck, daß mit der heutigen Mitteilung des Gesundheitsstadtrates nun die Debatte über dem Gesundheitsplan eröffnet sei. Allerdings hätten ihr in der Mitteilung Aussagen zu folgenden Themen gefehlt: Zukünftige Betriebsführung des AKH, Maßnahmen gegen Pflegepersonalmangel, Modelle zur Hauskrankenpflege als Ergänzung zu den mobilen Schwestern, ein Konzept für Rehabilitationseinrichtungen in Wien, Studien über den Zusam-

Forts. von Blatt 1029

Forts. auf Blatt 1031

menhang zwischen Arbeitslosigkeit und psychosomatischen Krankheiten, Aussagen zu Tageskliniken, Modelle zur Betreuung unheilbar Kranker und Sterbender, Fragen der Aus- und Weiterbildung von Pflegepersonal sowie ein Bericht über den Erfolg der Kostenstellenrechnung und die damit verbundenen Auswirkungen auf das Budget.

Hampel-Fuchs sprach sich dafür aus, daß das Eintrittsalter in die Krankenpflegeausbildungsstätten angehoben werde und für die Hauskrankenpflege freie Träger herangezogen werden sollen.

LAbg. HUBER (SPÖ) versicherte, daß die Verwaltung und Führung der Wiener Krankenhäuser im internationalen Maßstab hervorragend sei. Der Bau des SMZ-Ost gehe zügig voran, und nach der Inbetriebnahme des AKH werde Wien mit Krankenhausbetten optimal versorgt sein.

Der Spitalszielplan und die heutige Mitteilung von StR Prof. Dr. STACHER seien, was die Unverbindlichkeit der darin enthaltenen Ausführungen betreffe, fast ident, sagte LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP). Man werde nicht umhinkönnen, konkrete Handlungsanleitungen zu geben, um die „umfangreichen Worthülsen“ endlich zu realisieren. Was völlig fehle, sei der gesamte Bereich der Kostenrechnung bzw. die ökonomische Variante des Diskussionsgegenstandes Krankenhaus. Die Kostenfrage sei im gesamten Gesundheitswesen von größter Bedeutung, und man müsse in einem Situationsbericht darauf bezugnehmen. Wesentliche Fragen, wie die Förderung des Kostenbewußtseins bei Ärzten, aber auch bei Patienten, bei Spitälern, die nicht nur als Verwaltungseinrichtungen, sondern vor allem als Betriebe agieren sollen, und im Bereich der Gesundheitsvorsorge, lasse die Mitteilung von StR. Stacher vermissen. Das Fehlen von Stellungnahmen zu den Problemen Umweltpolitik, Gesundheitserziehung und Sport, die wichtige Faktoren der Prävention seien, müsse ebenfalls kritisiert werden, sagte Hawlik, da „gesund bleiben“ immer noch die billigste Lösung sei.

Man könne beim Neubau des AKH, sagte LAbg. PFANNENSTIEL (SPÖ), einen zügigen Baufortschritt feststellen. So seien im Jahr 1984 die Neurologische Abteilung, 1986 die Zentralküche, 1987 die Gebäude der medizinisch-technischen Schulen fertiggestellt worden. Im neuen AKH stünden neben den ausschließlich medizinischen Einrichtungen, wie 46 OP-Räume für 60.000 Operationen pro Jahr und Ambulanzen für vier- bis fünftausend Personen, auch eine Reihe von Einrichtungen für die Ausbildung des Pflegepersonals sowie des medizinischen Personals und für die Forschung zur Verfügung. Das neue AKH werde nicht nur im Spitalsbereich, bei Untersuchungen, Behandlungen, Pflege und Rehabilitation der Patienten, sondern auch im Bereich der Aus- und Fortbildung sowie der Forschung wichtige Impulse geben. Sicherzustellen sei die Zusammenarbeit zwischen dem neuen AKH und anderen Spitälern, schloß Pfannenstiel.

StR STACHER (SPÖ) ging in seinem Schlußwort auf einige in der Debatte aufgeworfene Fragen ein: Gesperrte Betten seien vor allem in der Urlaubszeit nicht als außerordentlich problematisch anzusehen. Einerseits gebe es keinen erhöhten Bedarf — die Auslastung betrage auch mit gesperrten Betten im Sommer rund 85 Prozent —, andererseits sei es aber notwendig, dem Pflegepersonal den Urlaub zu ermöglichen. Probleme gebe es nur in einzelnen Abteilungen, die, wie auch in den Spitzenzeiten, verschieden stark ausgelastet seien.

Für die Küche des Krankenhauses Floridsdorf komme entweder ein Neubau, der einen Kostenaufwand von 50 bis 60 Millionen Schilling verlange, oder eine Teilversorgung durch die Küche des AKH und des SMZ-Ost in Frage; Entscheidung sei noch keine gefallen.

Soziale Dienste: Man habe in Wien, wie in keiner anderen Stadt der Welt, die sozialen Dienste ausgebaut. Eine Intensivierung der Hauskrankenpflege sei aber letztendlich auch eine Frage der Finanzierung durch die Krankenkassen. Es dürfe aber keine übermäßige Förderung der Hauskranken-

Forts. von Blatt 1030

Forts. auf Blatt 1032

pflieg zu ungunsten der Spitäler geben.

Das Ziel der Gesundheitspolitik in Wien, sagte Stacher, liege darin, die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten und Krankheiten so kurz wie möglich zu machen. Zur Rehabilitation müsse gesagt werden, daß, mit Ausnahme der primären Rehabilitation in den Spitälern, diese Aufgabe der Sozialversicherungsinstitute sei. Konzepte zur Verbesserung habe man beim zuständigen Bundesministerium deponiert. Der Zweck seiner Mitteilung, unterstrich Stacher, sei es gewesen, auf die nach der Fertigstellung des SMZ-Ost und des AKH notwendigen Umstrukturierung der Spitäler und damit der Regionalversorgung hinzuweisen.

Die Sitzung des Landtages endete um 14.20 Uhr. (Schluß) jel/bs

Forts. von Blatt 1031

## **Kontrollamtsdirektor legte Stadlon-Prüfbericht vor**

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Aus Anlaß einiger in den letzten Tagen erfolgter Veröffentlichungen über den Kontrollamtsbericht zur Generalsanierung des Wiener Praterstadions legte Freitag Kontrollamtsdirektor Dr. Peter SATRAPA in einer Pressekonferenz den gesamten Prüfbericht sowie die Stellungnahme des Kontrollamtes zum „Kommentar“ der Ekazent Consult Ges.m.b.H. vor.

Wie der Kontrollamtsdirektor betonte, werde die Kritik vor allem an der mangelhaften Ausschreibung durch den Projektanten aufrechterhalten (Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Heintz & Partner), durch die es zu Nachtragsangeboten in der Höhe von rund 38 Prozent der Gesamtabrechnungssumme gekommen sei, die nicht dem Wettbewerb unterlagen. Die vom Projektanten durchgeführten Prüfung von Zusatzangeboten war, so der Kontrollamtsbericht, erkennbar oft sehr mangelhaft.

Der Ekazent wirft das Kontrollamt die Anerkennung nicht ausgeführter Leistungen in der Höhe von insgesamt rund 10,2 Millionen Schilling vor, für 10,9 Millionen Schilling fehlen erhärtende Unterlagen. Wie der Kontrollamtsdirektor betonte, sei seitens der Stadt Wien keinerlei Zeitdruck auf den Projektanten ausgeübt worden, der insbesondere die besten und profunden Kenntnisse der Verhältnisse vor der Sanierung hatte. (Schluß) lf/bs

## **Häupl: Kein Boykott der Flaschenmilch!**

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiedereinführung der Milchflaschen sei ein deutliches Signal zur Abfallverminderung, erklärte Umweltstadtrat Dr. Micheal HÄUPL am Freitag im Wiener Gemeinderat. Der Run auf die Milch in Glasflaschen habe gezeigt, wie stark das Interesse der Wiener Bevölkerung an diesem Umweltprodukt sei. Der Konsument könne in zweierlei Hinsicht einen Beitrag zur Abfallverringerung leisten, indem er die Glasflasche entweder zur Wiederfüllung zurückbringe oder die Flasche in den Buntglasbehälter werfe und somit dem Recycling zuführe. Hingegen landeten rund 75 Prozent der Milchpakungen ungenutzt auf der Mülldeponie. Untersuchungen über die Auswirkungen auf die Müllmenge in Wien durch die Einführung der Milchflaschen hätten gezeigt, daß es bei einer Marktdurchdringung von rund 30 Prozent zu einer Reduktion des Müllvolumens von rund zwei Prozent kommen könnte, führte Häupl weiter aus. Unter diesen Voraussetzungen ginge es nicht an, daß die Flaschenmilch weiterhin von der BVerpackungsindustrie denunziert und vom Milchwirtschaftsfonds boykottiert werde, schloß Häupl. (Schluß) du/sk

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 27.5. (RK-KOMMUNAL) Die anschließende Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Dr. GOLLER (ÖVP), ob bei der Fachzeitschrift der Stadtbaudirektion „Der Aufbau“ Änderungen zum Zweck der Kosteneinsparung geplant seien, sagte Stadtrat SALLABERGER (SPÖ), daß dies der Fall sei. „Der Aufbau“ soll in Zukunft vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegeben und dabei neu gestaltet werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ), welche Auswirkungen die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für die Gemeinde Wien hätte, sagte Stadtrat SALLABERGER, daß es dazu mehrere Untersuchungen gebe, die allerdings noch nicht ganz konkret seien. Eine Studie des KDZ habe jedoch Steigerungen bei den Lohnkosten von rund einem Siebentel beziehungsweise 2,8 Milliarden Schilling aufgezeigt. Besonders im Gesundheitswesen oder etwa bei der Feuerwehr wären hohe Mehrkosten zu erwarten. Generell habe er keine grundsätzlichen Bedenken bezüglich der 35-Stunden-Woche, sagte Sallaberger, es erhebe sich jedoch die Frage der Finanzierung der zusätzlichen Belastungen.

Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR BRIX (SPÖ), was im Sinne des Konsumentenschutzes anlässlich des Auftauchens von Per- und Trichloräthylen in Käse und Olivenöl unternommen worden sei, sagte Stadtrat Christine SCHIRMER (SPÖ), daß sofort nach Bekanntwerden dieses Umstandes Probebeziehungen bei Olivenöl und Käse angeordnet wurden und die betroffenen Produkte von den Firmen aus dem Verkehr gezogen wurden. Importkontrollen innerhalb der nächsten drei Monate sollen dafür sorgen, daß keine verdorbenen Öle mehr nach Österreich kommen. Bei Käsen konnte nach der Änderung der Verpackung kein Per- oder Trichloräthylen mehr nachgewiesen werden.

Auf die FÜNFTTE ANFRAGE von GR Dr. RASINGER (ÖVP), welche zusätzlichen Maßnahmen er sich zur Verkürzung der Wartezeit für Jungärzte auf einen Ausbildungsplatz vorstellen könne, die derzeit in Wien bereits fünf bis sieben Jahre betrage, antwortete Gesundheitsstadtrat Dr. STACHER, daß derzeit die Jungärzte mit Vormerkstichtag Juli 1985 ihren Turnusdienst ableisteten. Die Wartezeit betrage somit nicht fünf bis sieben Jahre. Außerdem bilde die Stadt Wien um 200 Jungärzte mehr aus, als der Bettenschlüssel vorschreibe. Weitere Maßnahmen der Stadt Wien für Jungärzte seien: Ärzte im Pflegedienst mit speziellen Schwerpunktprogramm in den Sommermonaten, Ärzteausbildung im Rahmen der Aktion 8000 sowie Ärzte, die im Spitalsbereich auf dem Computersektor tätig sind. Medizinalassistenten wie in Salzburg halte er nicht für optimal, da diese beispielsweise keine Nachtdienste machen und Befunde erstellen dürfen, schloß Stacher.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR REITER (SPÖ), ob die Wiedereinführung der Milchflaschen ein Signal zur Abfallminderung darstelle, antwortete Umweltstadtrat Dr. HÄUPL, daß diese Frage mit einem eindeutigen JA zu beantworten sei. Der Konsument könne aufgrund der Einführung der Flaschenmilch aktiv einen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Es seien bereits mehrere Studien durchgeführt worden, die den Vorteil der Mehrwegverpackungen nachwiesen. Eine weitere Untersuchung habe ergeben, daß sich 74 Prozent der Wienerinnen und Wiener vorstellen könnten, Flaschenmilch zu kaufen. Untersuchungen hätten auch ergeben, daß es durch die Einführung der Milchflasche zu Reduktionen bei Gewicht und



Volumen des Mülls kommen werde. Häupl kritisierte heftig den Milchwirtschaftsfonds, der die Flaschenmilch boykottiere.

Abschließend stellte Häupl fest, daß er mit Frau Bundesminister Dr. FLEMMING und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. PRÖLL über die Bedeutung der Abfallverringerung durch die Einführung der Flaschenmilch einig sei.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Haltung der Stadt Wien zu der Absicht der Verbundgesellschaft, Gesellschaftsanteile an die einzelnen Bundesländer zu verkaufen, stellte Vbgm. MAYR (SPÖ) fest, daß derzeit der Verkaufspreis der Anteile noch nicht feststehe. Aus diesem Grund könne er zu der Frage derzeit keine konkrete Stellungnahme abgeben. Grundsätzlich sagte Mayr, wenn die Konditionen gut seien und sich das Geschäft als rentabel erweise, könne man der Vorgangsweise näher treten. Vor allem sei der Erwerb von Strombezugsrechten interessant, ohne den er sich die Übernahme von Gesellschaftsanteilen der Verbundgesellschaft nicht vorstellen könne.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) über konkrete Projekte zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gab Vbgm. MAYR einen detaillierten Überblick über Subventionen an Vereinigungen, die Langzeitarbeitslose betreuen. Weiters erwähnte er ein einschlägiges Projekt von MA 12 und Arbeitsamt, die Anstellung von 50 Maturanten im Rahmen der Aktion 8000 und 200 Maturanten im Maturantentraining. In Kooperation mit Baufirmen werde eine Job-Börse beim Arbeitsamt Bau/Holz installiert. In einer ZUSATZFRAGE wies GR. Maria Rauch-Kallat auf das Problem der mangelnden Qualifikation hin und darauf, daß sich in den letzten Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöht habe. Vbgm. Mayr begründete dies mit der starken Tendenz zur Anonymität der Großstadt und damit der unbestrittenen Tatsache, daß in vielen Bundesländern die Abwanderung von Langzeitarbeitslosen nach Wien geradezu gefördert werde. Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß es auch Menschen gebe, die wiederholt Chancen nicht nützen. Gerade aus diesem Grund, meinte GR. Rauch-Kallat in ihrer ZWEITEN ZUSATZFRAGE, müßten einschlägige Projekte in Zukunft stärker gefördert werden. Sie stellte die Frage, ob und in welchem Ausmaß dies vorgesehen sei. Vbgm. Mayr betonte, daß solche Förderungen ja auch in der Vergangenheit stattgefunden hätten. Das finanzielle Ausmaß werde sich auch in Zukunft nach der jeweiligen Notwendigkeit richten.

#### **Wiederbestellung des Kontrollamtsdirektors**

Als erster Tagesordnungspunkt wurde der Antrag auf Wiederbestellung von Dr. Peter SATRAPA zum Kontrollamtsdirektor gestellt.

Das Kontrollamt, sagte GR. Dr. GOLLER (ÖVP), agiere im Interesse der Steuerzahler und der Stadtverwaltung. Im Hinblick darauf sei es unverständlich, daß es einer qualifizierten Minderheit wie den Oppositionsparteien im Gemeinderat nicht möglich sei, die Prüfung bestimmter Einrichtungen zu veranlassen. Damit würden jene, die zu kontrollieren seien, entscheiden, ob sie kontrolliert werden wollen, was ein unhaltbarer Zustand sei. Die nachvollziehende Kontrolle habe gegenüber der begleitenden Kontrolle, der Projekt- und Vergabekontrolle, den Nachteil des verzögerten Effekts. Mit der Einführung einer begleitenden Kontrolle, könnte die Effizienz der Arbeit des Kontrollamtes weiter erhöht werden.

Die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Kontrollamt und dessen objektive Prüftätigkeit würdigte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Als Beispiel dafür nannte er den Prüfbericht über den Neubau des Praterstadions, der außerordentlich kritisch gewesen sei. Für eine parlamentarische Minderheit, erklärte Hirnschall, sei es aber unbefriedigend, daß Prüfensuchen nur mit Mehrheitsbeschlüssen durchgesetzt werden können. Außerdem for-

Forts. von Blatt 1035

Forts. auf Blatt 1037

dere seine Fraktion die Ausdehnung der Prüftätigkeit des Kontrollamtes auf die geförderten Wohnbauträger. Darüber hinaus sollte jeder Subventionsempfänger sich ab einer bestimmten finanziellen Größenordnung einer Prüfung durch das Kontrollamt stellen müssen. Die Projektkontrolle, unterstrich Hirnschall, würde die Entscheidungsmöglichkeiten verbessern, Überlegungen in Richtung einer Kontrollinitiative von einer gewissen Anzahl von Bürgern sollen angestellt werden.

Die Tätigkeit des Kontrollamtes, erklärte GR. WIMMER (SPÖ), werde von allen Fraktionen geschätzt und anerkannt. Zur Kritik an den Kontrollrechten sagte Wimmer, man wolle den Apparat des Kontrollamtes nicht überdimensionieren und aufblähen. Eine von der Opposition geforderte Erweiterung der Kontrolltätigkeit könnte beim derzeitigen Personalstand des Kontrollamtes nicht ordnungsgemäß bewältigt werden. Wimmer wies auf die Berichte der betroffenen Einrichtungen über die nach der Prüftätigkeit des Kontrollamtes gesetzten Maßnahmen hin und erklärte, daß dies eine effiziente und für die Arbeit der Stadtverwaltung wesentliche Verbesserung sei.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) kritisierte, daß es nun nach der EKAZENT mit der GESIBA einen zweiten Skandal im Bereich der Wiener Holding gebe. Maier leitete daraus die Notwendigkeit verstärkter Kontrollmöglichkeiten in diesem Bereich ab. Maier stellte unter anderem fest, daß es bei der Gesiba Unzukömmlichkeiten bei Grundstückstransaktionen, Auftragsvergaben und der Vergabe von geförderten Wohnbauten an Politiker gegeben habe. Der Generaldirektor der Gesiba habe weit überhöhte Bezüge erhalten. Das alles mache die Forderung nach mehr Kontrolle notwendig. In einem RESOLUTIONSANTRAG forderte Maier dementsprechend unabhängig von der Kontrolle des Rechnungshofes die Kontrolle der Gesiba durch das Kontrollamt der Stadt Wien und generell eine begleitende Kontrolle der Wiener Holding durch das Kontrollamt. Die Kontrollmöglichkeit durch die Beteiligungskommission solle wieder geschaffen werden. Der Finanzausschuß solle sich in einer außerordentlichen Sitzung mit dem Rohbericht des Rechnungshofes über die Gesiba auseinandersetzen und über weitere Konsequenzen beraten.

**ABSTIMMUNG:** Die Wiederbestellung von Kontrollamtsdirektor Dr. Satrapa wurde einstimmig beschlossen, der Antrag der ÖVP wurde dem Finanz- und dem Kontrollausschuß zugewiesen.

#### **Neuer Flächenwidmungsplan im 22. Bezirk**

GR. SEVCIK (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Raffinieriestraße/Kierschitzweg/Naufahrtweg/Biberhaufenweg im 22. Bezirk

GR. PRINZ (FPÖ) stellte fest, daß sich das vorliegende Gebiet im Bereich der Lobau befinde, und 1980 eine Widmung auf Wald- und Wiesengürtel erfolgt sei. Bei den dort ansässigen Siedlern habe es eine ständige Unsicherheit bezüglich ihrer Häuser gegeben. Er befürworte den neuen Flächenwidmungsplan, da dadurch diese Unsicherheit beseitigt werde, und er befürworte auch das Anliegen des Bezirksvorstehers, daß in diesem Bereich aus Umweltschutzgründen Kanalanschlüsse errichtet werden sollen. Abschließend meinte Prinz, die Stadt Wien solle mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Lagerplätze aus diesem Landschaftsschutzgebiet entfernen.

GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ) erklärte, daß die neue Widmung auf eine Sanierung des Gebietes abziele. Es werde dadurch Klarheit und Sicherheit für die Siedler geschaffen, deren Siedlung sich bereits seit dem Jahr 1927 in diesem Bereich befinde. Eine Absiedlung wäre aus sozialen Gründen nicht vertretbar. Allerdings werde man dafür sorgen, daß keine neuen wilden

Forts. von Blatt 1036

Forts. auf Blatt 1038

Siedlungen entstünden. Auch eine Ausweitung der bestehenden Siedlung werde unterbunden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

#### **Auflösung des Vereins für soziale Bildungsarbeit**

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) beantragte eine Subvention bis zu 1.030.000 Schilling zur Auflösung des Vereins für soziale Bildungsarbeit.

GR. PROCHASKA (ÖVP) stellte fest, daß er dem vorliegenden Geschäftsstück nur mit gemischten Gefühlen zustimmen könne. Die Geschichte dieses Vereines sei ein Modellfall dafür, wie ein gutes Vorhaben an den realen Bedingungen in Wien scheitern könne. Hauptverantwortlich für dieses Scheitern sei seiner Ansicht nach der Geschäftsführer Wolf Sator und dessen „lockerer Umgang“ mit Geld. Nun sei die Vereinssituation aussichtslos geworden und ein völliger Neubeginn die beste Lösung. Dieser solle beweisen, daß auch in Wien eine sinnvolle Alternative zum Dauer-sozialhilfebezug möglich ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) meinte, daß es besser gewesen wäre, eine Vorgangsweise zu wählen, bei der die Stadt Wien nicht eine Million Schilling zahlen müsse, um den Verein vor dem Konkurs zu retten. Die politische Verantwortung dafür trage die SPÖ.

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ) schloß sich der Ansicht von GR. Prochaska an, daß ein Neubeginn in anderer Form, aber mit ähnlichem Inhalt sinnvoll sei. Immerhin habe der Verein eine Reihe von positiven Aktivitäten durchgeführt, so etwa die Reinigung der Donauinsel oder die Führung einer Fahrradwerkstätte und einer Schlosserei. Der bessere Weg sei, derartige Projekte weiterhin verstärkt durch das Finanzressort zu fördern, so wie das auch bei allen ähnlichen Projekten der Fall sei.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen.

#### **Kulturverein Donaustadt**

GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Ausfallhaftung für den Kulturverein Donaustadt für das Jahr 1988 bis zur Höhe von 1,707 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) kritisierte, daß die Arbeit des Kulturvereins Donaustadt durch zu hohe Aufwendungen und geringe Einkünfte gekennzeichnet und generell nicht effizient sei. Die Veranstaltungen könnten auch von Privaten organisiert werden, dezentrale Kulturarbeit könnte man billiger gestalten. Prinz forderte die Auflösung des Kulturvereins.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wies darauf hin, daß ebenso große Bezirke wie die Donaustadt, wie Favoriten oder Floridsdorf, nur einen Bruchteil der Mittel des Kulturvereins Donaustadt für Kulturarbeit erhielten. Das Konzept des Kulturvereins sei zu zentralistisch, mit der notwendigen Dezentralisierung könnte mit geringeren Mitteln ein Mehr an Kultur in der Donaustadt ermöglicht werden.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) verwies auf das vielfältige Programm und auf die Möglichkeiten der kulturellen Aktivierung, mit denen der Kulturverein Donaustadt dem Bezirk ein kulturelles Profil gegeben habe. Die Übersiedlung des Zentrums Kaisermühlen in eine andere Lokalität und die damit verbundene Einsparung von 500.000 Schilling bei gleichzeitiger Wahrung der Möglichkeiten für verschiedene kulturell tätige Gruppen beweise auch die sparsame Gestion des Kulturvereins. Stiehl richtete an die ÖVP und die FPÖ die Einladung zur Mitarbeit im Kulturverein Donaustadt und sagte, sie bekenne sich zur Arbeit des Kulturvereins im Dienste der Donaustädter Bevölkerung, die natürlich auch dezentral geleistet werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 1037

Forts. auf Blatt 1039

**Subvention für Gesellschaft der Musikfreunde**

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) stellte den Antrag auf Gewährung einer Subvention in der Höhe von drei Millionen Schilling für die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien zur Durchführung der Konzerte im Jahr 1988.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte, daß die Gesellschaft der Musikfreunde einer der größten Konzertveranstalter Wiens sei, der eine große Tradition aufweisen könne und auf den man mit Recht stolz sein könne. Andererseits kritisierte er, daß der Musikverein über die Stadt Wien den Gewerkschaftsbund mit zwei Millionen subventioniere. Die FPÖ werde daher diesen Antrag ablehnen. Sein Vorschlag laute, den Akt abzusetzen, und mit dem Gewerkschaftsbund diesbezüglich Gespräche zu führen.

GR HANKE (SPÖ) stellte fest, daß der Gewerkschaftsbund die Ermäßigungen ja an die Konsumenten weitergebe und außerdem sämtliche Werbekosten trage. Es handle sich somit weder um eine Subvention noch um eine Bevorzugung des Gewerkschaftsbundes durch den Musikverein.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

**Sport**

GR. Brundhilde FUCHS (SPÖ) stellte Anträge auf eine Neuregelung der Bestandzins- und Benützungsentgelte für städtische Sportanlagen sowie zur Gewährung von Subventionen aus den Sportförderungsmitteln 1988.

Die Abschaffung des Nulltarifes für die Benützung von städtischen Sportanlagen durch gemeinnützige Sportvereine bedeute einen Rückschritt in der Sportpolitik der Stadt Wien, sagte GR. ZEIHSEL (FPÖ). Bis jetzt habe man aufgrund des Nulltarifs große administrative Belastungen für die großteils ehrenamtlich agierenden Funktionäre vermeiden können, ein Benützungsentgelt stelle aber eine schwer verkraftbare finanzielle und administrative Erschwernis dar. Die Einführung der Benützungsentgelte zwinge nun die Vereine, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen, was dem Familien- und Breitensport besonderen Schaden zufügen werde. Zeihsel brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, den Abschnitt über das Benützungsentgelt für Turnsäle, Sporthallen, Anlagen in Verwaltung der Stadthalle-Kiba sowie städtische Bäder ersatzlos zu streichen. Außerdem brachte er einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein, der auf eine zeitliche Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten städtischer Sportstätten abzielt.

Die Einführung eines Benützungsentgeltes für städtische Sportanlagen, sagte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP), treffe vor allem Kinder, Jugendliche und Senioren, die in den gemeinnützigen Vereinen organisiert seien. Nachdem die Sportförderungsmittel in den letzten sechs Jahren um insgesamt 50 Prozent reduziert wurden, sei der Nulltarif eine Notwendigkeit für die Vereine, die wesentliche Aufbau- und Jugendarbeit leisten. Zur Subvention für ein Fußballmuseum kritisierte Neubert, daß ein solches die Besucherfrequenz im Stadion nicht erhöhen werde. Es gebe keine Unterlagen über die Folgekosten.

Überlegungen für Benützungsentgelte seien nicht neu, sagte GR. REITER (SPÖ). Die Tarife seien so niedrig gehalten, daß die Entgelte keine große Belastung seien, sondern eher als symbolische Geste des guten Willens und Dokumentation der Leistungsbereitschaft verstanden werden können. Der „Sportschilling“ komme wiederum der Sportjugend zugute. Die beantragten Subventionen zeigen, meinte Reiter, wie breit gestreut Sportaktivitäten in Wien gefördert werden. Insofern verstehe sich auch die Förderung des Fußballmuseums als ein Beitrag zur Erweckung des Interesses junger Menschen an dieser Sportart und zur Festigung der Bedeutung des Wiener Fußballs.

Forts. von Blatt 1038

Forts. auf Blatt 1040

**ABSTIMMUNG:** Der Abänderungsantrag der FPÖ fand keine Mehrheit, der Beschluß- und Resolutionsantrag wurde zugewiesen. Die Neuregelung der Benützungsentgelte wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Subventionen wurden getrennt abgestimmt. Die Subvention für den ÖFB wurde mit Mehrheit, die übrigen Subventionen wurden einstimmig beschlossen.

#### **„Cats“ im Ronacher**

GR. FREITAG (SPÖ) beantragte eine Zuwendung von 27,8 Millionen Schilling für Adaptierungsarbeiten am Ronacher für die Bespielung mit „Cats“.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) kritisierte diesen Betrag als verlorenen Aufwand. Während anderswo — so in Hamburg — das Musical „Cats“ Gewinne mache, seien in Wien immer wieder Steuermittel zur Fortführung notwendig. Im Theater an der Wien liege das an der gemischten Struktur des Hauses, das daher einen weit größeren Personalaufwand habe, als es bei „Cats“ allein notwendig wäre. Gintersdorfer forderte, die verschiedenen Gastspiele der Wiener Festwochen in anderen Häusern abzuwickeln und das Theater an der Wien als reines En-Suite-Theater zu führen.

GR. BRIX (SPÖ) entgegnete, daß Kulturpolitik eben nicht nach kaufmännischen Kriterien zu machen sei und, daß auch die Bühnenarbeiter des Theaters an der Wien der Solidarität der Allgemeinheit bedürften. Zur Fortführung von „Cats“ im Ronacher bemerkte Brix, daß es dafür noch ein ermitteltes Besucherpotential von 1,5 Millionen Besuchern gebe und, daß damit die geplanten 270 bis 300 Vorstellungen weitgehend ausverkauft sein dürften. Damit seien die geplanten Investitionen, die zum Großteil für das endgültige Ronacherprojekt lukrierbar seien, auch finanziell mehr als vertretbar.

**ABSTIMMUNG:** Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

#### **Instandhaltung von Objekten aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds**

GR. WIMMER (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Subvention für Instandsetzungen.

GR. CZERNY (ÖVP) erklärte, daß im Altstadterhaltungsbeirat ein Antrag auf Bereitstellung von Mitteln für die Renovierung des Innenraumes der Kirche Maria am Gestade von der SPÖ abgelehnt worden sei. Das Argument, daß der Altstadterhaltungsfonds für die Renovierung von Innenräumen nicht zuständig sei, könne er nicht akzeptieren, da auch bei der Alten Backstube und der Konditorei Demel Innenräume aus Fondsmitteln renoviert worden seien. Er schlage vor, daß der Altstadterhaltungsbeirat diesen Akt noch einmal beraten sollte.

GR. STRANGL (SPÖ) stellte fest, daß die Renovierung von Monumentalbauten vom Bund getragen werden müßte. Trotzdem müßte des öfteren der Altstadterhaltungsfonds mit Förderungsmitteln einspringen. Im vorliegenden Fall hätten Fachleute den Antrag abgelehnt, weil diverse Auflagen für die Renovierung des Innenraumes der Kirche vom Erzbischöflichen Bauamt nicht beachtet worden seien. Der Altstadterhaltungsfonds habe seit 1972 bereits 107 Kirchenprojekte gefördert.

**ABSTIMMUNG:** Einstimmig angenommen.

#### **Anschaffung von Müllwagen**

GR. Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ) stellte den Antrag auf Anschaffung von 15 Müllwagen.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) kritisierte die Verhandlungen, die mit den Bürgern über die MVA Spittelau geführt worden waren. Die Art der Abwicklung sei bürgerfeindlich gewesen, und sachliche Probleme konnten nicht

Forts. von Blatt 1037

Forts. auf Blatt 1041

geklärt werden. Die Problematik der Schadstoffeinzelnwerte und der Störfälle sei nicht diskutiert worden. GR. Mag. Petrik brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG über die Müllentsorgung in Wien ein, der u. a. Forderungen nach einem Abfallwirtschaftskonzept sowie einem Vorwarnsystem und einem Umweltverträglichkeitsgutachten für die Spittelau enthält.

GR. HUBER (SPÖ) kritisierte, daß bei der Diskussion über die Müllverbrennungsanlage wieder das Florianiprinzip zum Tragen komme.

StR. HATZL (SPÖ) erklärte, daß Mag. Petrik offensichtlich die Meinung unabhängiger in- und ausländischer Wissenschaftler vom Tisch wischen wolle. Der vorliegende Bescheid über die MVA Spittelau enthalte genaue Angaben über Meßwerte, die Einbindung in das Luftmeßnetz, Störfälle, Überprüfung der Meßeinrichtungen usw.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte, daß eine Vertrauenserweckung in die Umweltpolitik nicht auf dem Weg der Überforderung der Bürger erfolgen könne.

StR. HATZL stellte in einer zweiten Wortmeldung fest, daß der Filterkuchen korrekt entsorgt werde und daß die neue MVA Spittelau weitaus umweltfreundlicher sein werde als die alte, was durchaus auch auf Bürgerwünsche zurückgehe.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) erklärte, daß es sich bei der Abfallwirtschaftsproblematik — bedenkt man den Anfall von rund 600.000 Tonnen Hausmüll pro Jahr — um eine äußerst komplexe Materie handle. Selbstverständlich stehe für ihn die Abfallvermeidung an erster Stelle, es sei aber auch Frau Bundesminister Dr. Flemming durchaus bekannt, welche Probleme mit der Wirtschaft sich dabei ergeben. Er fordere vehement ein Abfallbewirtschaftungsgesetz. Um die Entsorgungssicherheit zu gewährleisten, sei eine thermische Müllverwertung zum gegenwärtigen Stand notwendig. Das künftige neue Luftreinhaltegesetz sollte auch für strenge Grenzwerte für kleine und mittlere Anlagen sorgen. Sein Endziel sei die ökologische Kreislaufwirtschaft, die aber nur auf einem äußerst langwierigen Weg erreicht werden könnte.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte nochmals, daß die Vorgangsweise von StR. Hatzl im Fall Spittelau zu einem Vertrauensschwund bei den Bürgern führen könnte, was Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Abfallwirtschaftsmaßnahmen hervorrufen könnte.

ABSTIMMUNG: Der Resolutionsantrag wurde zugewiesen. Das vorliegende Geschäftsstück wurde einstimmig angenommen.

### **Öffentliche Bedürfnisanstalten**

GR. HUBER (SPÖ) beantragte den Vertragsabschluß zur Reinigung, Betriebsführung, Wartung und Teilinstandsetzung der öffentlichen Bedürfnisanstalten in Wien.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) kritisierte Unzukömmlichkeiten bei der Vergabe des Auftrages, die zu lange Vertragsdauer und die Ausscheidung des Billigstbieters. Bei einer Summe von rund 130 Millionen Schilling im Laufe von sechs Jahren könne man sich, sagte Kabas, Ungenauigkeiten bei der Ausschreibung bzw. Unklarheiten bei der Vergabe nicht leisten.

GR. FÜRST (ÖVP) erklärte, das Argument, die Neuausschreibung des Auftrages könne wegen Zeitmangels nicht durchgeführt werden, sei falsch. Es habe kein Zeitdruck für diese Ausschreibung und den Zuschlag des Auftrages bestanden, man habe die Haushaltsordnung durch ein Erbrecht ersetzt. Fürst stellte einen Gegenantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes.

Forts. von Blatt 1040

Forts. auf Blatt 1042

Die Firma, die nun den Auftrag für die Reinigung der öffentlichen Bedürfnisanstalten erhalte, sagte GR. BRIX (SPÖ), reinige diese seit Jahren für die Stadt Wien. Der Billigstbieter hätte die Kontinuität der Entsorgung nicht gewährleisten können, das Angebot hätte eine Kündigungsklausel, für die keine Begründung erforderlich gewesen wäre, sowie ein Mitspracherecht beim Aufstellen und Betrieb von Münzautomaten in den Bedürfnisanstalten beinhaltet. Dies habe nicht den Vorstellungen des Auftraggebers entsprochen, sagte Brix.

**ABSTIMMUNG:** Der Gegenantrag der ÖVP wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, das Geschäftsstück wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Aufschließung Wienerberg-Gründe**

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) beantragte 35,2 Millionen Schilling für die Aufschließung des 2. Bauteiles der Wienerberg-Gründe.

GR. Mag. Dipl.Ing. REGLER (ÖVP) kritisierte, daß bei der Vergabe nicht nach der Österreichischen Vergabennorm vorgegangen worden sei. Nachdem einer Firma in ihrem Anbot ein Additionsfehler unterlaufen war, habe man lediglich diese und noch eine zweite Firma zu einem zweiten Angebot eingeladen und damit gegen den Grundsatz der gleichmäßigen Behandlung aller Bewerber verstoßen.

GR. SEVCIK (SPÖ) entgegnete, daß die Firma, die den Rechenfehler gemacht hatte, nach der Korrektur desselben bereits im ersten Erhebungsverfahren Billigstbieter war. Dies traf dann auch für den zweiten Durchgang zu. Darüber hinaus habe das zweite Erhebungsverfahren einen Preisnachlaß von 885.000 Schilling gebracht.

**ABSTIMMUNG:** Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 21.22 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1041